

Kein „Weiter so!“ – Lehren der Corona-Pandemie für den Flüchtlingsschutz und menschenwürdige Aufnahmebedingungen

Die Corona-Pandemie stellt alle Menschen in Deutschland, Europa und weltweit vor große Herausforderungen. Geflüchtete Menschen sind dabei aber in besonderer Weise betroffen. Viele der zuvor schon bestehenden Rechtsverletzungen und Schutzlücken verschärfen sich derzeit dramatisch: Massenunterkünfte bieten weder wirksamen Infektionsschutz noch Privatsphäre, sondern machen psychisch und physisch krank. Der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung bleibt vielen verwehrt, das Kindeswohl in den Aufnahmeeinrichtungen ist mehr denn je gefährdet und das Recht auf Flüchtlingsschutz wird an den EU-Außengrenzen maßlos beschnitten.

Der Paritätische Gesamtverband appelliert anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni 2020 an die politischen Entscheidungsträger, die nötigen Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Krise zu ziehen. Dabei hebt der Verband bewusst vier Bereiche hervor, in denen der Handlungsbedarf besonders dringend und entsprechende Maßnahmen sowohl kurz- als auch mittelfristig erforderlich sind:

1. Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen und wohnungsähnlicher Form umsetzen

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Massenunterkünften wie Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften führt aus vielerlei bekannten Gründen zu Problemen sowie zu gesundheitlichen und psychosozialen Beeinträchtigungen.¹ Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie verschärfen sich die Bedingungen aktuell akut: Zahlreiche Geflüchtete können weiterhin nicht selbstbestimmt wohnen, sie leben auf engstem Raum zusammen, müssen sich Zimmer, Bäder und Küchen teilen. Hygiene- und Abstandsregelungen können so nicht umgesetzt werden. Damit wird die Gesundheit aller dort untergebrachter Menschen gefährdet, insbesondere aber die Gesundheit von vulnerablen Personen und Risikogruppen.² In den Aufnahmeeinrichtungen leben eine Vielzahl

¹ Vgl. u.a.: BAfF e.V. (2020): Living in a box. Psychosoziale Folgen des Lebens in Sammelunterkünften für geflüchtete Kinder, http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2020/05/BAfF_Living-in-a-box_Kinder-in-Ankerzentren.pdf; UNICEF (2017): Kindheit im Wartezustand, <https://www.unicef.de/informieren/materialien/kindheit-im-wartezustand-fluechtlingskinderstudie/137018>;

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen, <https://www.svr-migration.de/publikationen/was-wir-ueber-fluechtlinge-nicht-wissen/>

² Siehe auch Bozorgmehr K, Hintermeier M, Razum O, et al. (2020): SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2943665/2943668/FactSheet_PHNetwork-Covid19_Aufnahmeeinrichtungen_v1_inkl_ANNEX.pdf

von älteren Menschen sowie Personen mit Vorerkrankungen oder Behinderungen, die gegenüber der sonstigen Bevölkerung, die einer Risikogruppe angehört, in nicht zu rechtfertigender Weise diskriminiert werden. Teilweise wurden entgegen der klaren Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) bereits ganze Unterkünfte unter Quarantäne gestellt, mitunter hat dies auch schon zu Hungerstreiks geführt.³

Der Paritätische fordert:

- Umsetzung von gesetzlich vorgeschriebenen Infektionsschutzstandards und Empfehlungen des RKI⁴ in allen Aufnahmeeinrichtungen
- Kurzfristige Entzerrung der Belegungsdichte in Landes- und kommunalen Unterkünften sowie Beendigung der Wohnverpflichtung gem. § 49 Abs. 2 AsylG⁵
- Frühzeitige Identifizierung und vorrangige und schnelle Umverteilung von besonders schutzbedürftigen Personen und Risikogruppen unter Bereitstellung adäquater Versorgungs- und Betreuungsstrukturen
- Mittel- und langfristig die dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen oder wohnungsähnlichen Formen (Anreize für die Erarbeitung von Konzepten mit integrationspolitischen Zielen durch Landesregierungen⁶); insgesamt sollte die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Großunterkünften so früh wie möglich beendet werden

2. Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland unabhängig vom Aufenthaltsstatus sicherstellen

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass Betroffene einen unbürokratischen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. In Deutschland ist dieser Zugang vom Bestehen eines Krankenversicherungsschutzes oder zumindest von einem Anspruch auf Leistungen nach SGB XII oder AsylbLG abhängig. Über beides verfügen insbesondere ausländische Staatsangehörige jedoch in bestimmten Fällen nicht – dies gilt insbesondere für nicht erwerbstätige Unionsbürger*innen sowie illegalisierte Migrant*innen und Flüchtlinge ohne regulären Aufenthaltsstatus. Für Geflüchtete, die nur einen eingeschränkten

³ Siehe u.a. <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/magdeburg/harz/corona-zast-hungerstreik-halberstadt-100.html>

⁴ Das Robert Koch-Institut (RKI) hat Hinweise zur Prävention und Management von Covid-19-Erkrankungen in Gemeinschaftsunterkünften erarbeitet, die den Bundesländern scheinbar vorliegen, aber bislang noch nicht offiziell veröffentlicht wurden: <https://www.tagesschau.de/chinese/coronavirus-fluechtlinge-101.html>, <https://www.nds-fluerat.org/43982/aktuelles/handlungsempfehlungen-des-robert-koch-instituts-zur-corona-praevention-in-massenlagern/>

⁵ Bundesweit haben mehrere Gerichte festgestellt, dass Menschen nicht verpflichtet sind, in Einrichtungen zu wohnen, in denen sie einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind, vgl. u.a. VG Leipzig: <https://www.asyl.net/rsdb/m28375/>.

⁶ Beispielhaft sei hier Potsdam erwähnt. Kürzlich wurde ein Antrag auf Erstellung eines Zeit- und Maßnahmenplans zur Auflösung der Sammelunterkünfte zugunsten von Wohnungen und wohnungsähnlichen Unterbringungen mit großer Mehrheit von der Stadtverordnetenversammlung angenommen, siehe: <https://perspektive-online.net/2020/06/nach-protesten-potsdam-beschliesst-aufloesung-der-bisherigen-sammelunterkuenfte-fuer-gefluechtete/>

Anspruch auf Gesundheitsleistungen nach § 4 und 6 AsylbLG haben, hat die Verweigerung bzw. der erschwerte Zugang zur Behandlung chronischer Erkrankungen vor dem Hintergrund der Corona-Krise verheerende Folgen. Darüber hinaus hat der erschwerte Zugang zu Sozialämtern während des Lockdowns deutlich gemacht, wie wichtig eine Krankenversicherungskarte ist. Insbesondere die psychosoziale Versorgung in den Massenunterkünften ist besorgniserregend unzureichend und kann erhebliche Auswirkungen auf die Betroffenen haben.⁷

Der Paritätische fordert:

- Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus - auch illegalisierte Menschen und Personen ohne Krankenversicherung müssen getestet und ggf. behandelt werden, dabei muss ausdrücklich zugesichert werden, dass sensible Daten nicht an die Ausländerbehörde übermittelt werden (Aussetzung §87 AufenthG)
- Vollumfängliche Gesundheitsversorgung im Asylbewerberleistungsgesetz gewährleisten
- Bundesweit flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für alle, die die aktuell schwierige Versorgung mit Behandlungsscheinen durch die Sozialämter obsolet macht und insbesondere bei Infektionskrankheiten hilft, Behördengänge und unnötige Kontakte zu Sozialarbeiter*innen zu vermeiden
- Niedrigschwellige, psychosoziale und psychologische Versorgung und Beratung insbesondere für traumatisierte Geflüchtete, die fest im Angebot der Unterkünfte verankert sein muss
- Sicherstellung des Zugangs zu und Vermittlung von umfangreichen aktualisierten mehrsprachigen Informationen

3. Rechte und Schutz von geflüchteten Kindern in Aufnahmeeinrichtungen sicherstellen

Die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen treffen geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien besonders hart. Unter den Bedingungen von Corona und den daraus folgenden Maßnahmen nehmen die Einschnitte in verbuchte Kinderrechte und Kindeswohlgefährdungen weiter zu. Das Fehlen kindgerechter Räume und Rückzugsmöglichkeiten, die mangelnde Privatsphäre, die unzureichenden Bildungs- und Betreuungsangebote, die aktuell noch weiter reduziert werden, die fehlenden kindgerechten Freizeitangebote und die Risiken von Corona in Massenunterkünften gefährden Kinder und Jugendliche massiv. Die zunehmend hoffnungslose und aggressive Stimmung in Massenunterkünften – insbesondere, wenn Quarantäne verhängt wurde – führen zur Zunahme von Gewalt gegenüber

⁷ Vgl. Fn. 1 BAfF e.V. (2020).

Kindern. Mangels einer kindgerechten Aufklärung über die aktuelle Situation verstehen diese Kinder nicht, warum sich ihre Situation noch weiter verschlechtert.

Der Paritätische fordert:

- Schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von geflüchteten Familien mit ihren Kindern
- Gleichbehandlung von geflüchteten Kindern mit allen Kindern beim Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem; dies beinhaltet u.a. einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen des SGB VIII für die geflüchteten Familien und ihre Kinder. Die Kinder- und Jugendhilfe muss ihrem Schutzauftrag in Bezug auf das Kindeswohl auch in den Sammelunterkünften nachkommen und entsprechende Angebote für Familien und Kinder formulieren.
- Zugang zu regulären Bildungseinrichtungen (Kita, Schule) und Sprachkursen
- Fest verankerte und ausreichend finanzierte Angebotsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit pädagogischem Fachpersonal
- Selbstbestimmung im Alltag, kindgerechte Rückzugsräume und kinderspezifische Schutzkonzepte

4. Flüchtlingsschutz jetzt – Europäische Seenotrettung und Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme endlich umsetzen!

Während die Zahl der Flüchtlinge weltweit dramatisch auf 79,5 Millionen⁸ gestiegen ist, kommen im Verhältnis dazu immer weniger Schutzsuchende in Europa an. Trotzdem nehmen die Maßnahmen zur Abschottung und Abschreckung schutzsuchender Menschen auf ihrem Weg nach Europa ständig zu: Der Einsatz von ziviler Seenotrettung wird durch Sicherheitsauflagen weiter erschwert⁹, Grenzsicherungen nehmen massiv zu und schließen Flüchtlinge von ihrem völkerrechtlich garantierten Anspruch auf Schutz vor Refoulement aus. Und in den Flüchtlingslagern in Erstaufnahmeländern sowie den Hotspots auf den griechischen Inseln hat sich die ohnehin unmenschliche und katastrophale Lage durch die Corona-Pandemie und die in Folge verhängte Quarantäne noch massiv zugespitzt. Vielerorts gibt es kein funktionierendes Schutzsystem, es mangelt an Unterkünften, Nahrungsmitteln und medizinischer Basisversorgung. Es braucht deshalb dringend die Wiederaufnahme von Resettlement und sonstiger Humanitärer Aufnahmeprogramme aus Drittstaaten sowie einer gemeinsamen

⁸ UNHCR, Global Trends 2019: <https://www.unhcr.org/5ee200e37/>

⁹ Das Bundesverkehrsministerium hat durch zwei Rechtsreformen die Sportbootverordnung und Schiffsicherungsverordnung so geändert, dass kleinere zivile Seenotrettungsschiffe, die unter deutscher Flagge laufen, mit derart strengen Auflagen überzogen werden, dass sie ihre Arbeit laut Seenotrettungs-NGOs praktisch nicht fortsetzen können: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-06/seenotrettung-im-mittelmeer-gefluechtete-scheuer-verkehrsministerium-verhinderung-von-einsaetzen/komplettansicht>

europäischen Lösung für die Verteilung von Schutzsuchenden, die aus Seenot gerettet oder aus eigener Kraft in Europa angekommen sind.

Der Paritätische fordert:

- Wiederaufnahme von Resettlement- und Humanitären Aufnahmeprogrammen
- Einführung eines umfassenden europäischen Seenotrettungsprogramms auf dem Mittelmeer und sofortiges Ende der Behinderung ziviler Seenotrettung
- Schnellstmögliche Evakuierung griechischer Flüchtlingslager und Verteilung, insbesondere von besonders schutzbedürftigen Personengruppen.¹⁰ Neben einer bundesweiten Regelung sind hier auch die Bundesländer gefragt.
- Sicherstellung von Infektionsschutzmaßnahmen bei Einreise von Geflüchteten durch konsequente Tests und Quarantäne zur Vermeidung weiterer Infektionen
- Garantie des Rechts auf Non-Refoulement nicht nur an den europäischen Außen-, sondern auch Binnengrenzen
- Vermeidung von Grenzverfahren und Internierungen an den EU-Außengrenzen durch zügige Umverteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas unter Berücksichtigung ihrer Interessen

Berlin, 19. Juni 2020

¹⁰ Siehe auch Empfehlungen des LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/world/20200402STO76413/coronavirus-eu-abgeordnete-fordern-massnahmen-fur-griechische-fluchtlingslager>.